

Fremde vielfach gefolgert, daß die völlige Genesung Sr. Majestät in nächster Nähe bevorstehe. Unter den obwaltenden Umständen ist die Erfüllung dieses gewiß in allen Herzen lebenden Wunsches jedoch voraussichtlich leider nicht zu erwarten. Se. Majestät haben außer zeitweiligen Schmerzempfindungen nicht nur unter einer durch die Gebrauchsunfähigkeit beider Arme bedingten großen Unbehülflichkeit viel zu leiden, sondern das Ziel der gänzlichen Wiederherstellung kann auch nur nach längerer Zeit erreicht werden und auf dem Wege dazu können manche Schwierigkeiten liegen, welche unter Gottes Beistand hoffentlich wie die bisherigen glücklich, aber nicht ohne Beschwerden für den hohen Patienten zu überwinden sein werden.

Von besonderer Seite wird der „P.-R.“ aus Berlin unterm 18. d. der augenblickliche Stand der Kongreßverhandlungen dahin gekennzeichnet, daß die Hoffnung auf ein allseitig befriedigendes Ergebnis des Kongresses zwar festzuhalten sei, daß sich jedoch bei der heutigen Sachlage eine rasche Förderung und Vollenbung des Friedenswerkes nicht in Aussicht nehmen lasse. Das leitende Prinzip, von welchem die Politik Oesterreich-Ungarns auf dem Kongresse ausgehe, sei dahin zu resumieren, daß Oesterreich-Ungarn für die Herstellung solcher Zustände auf der Balkan-Halbinsel zu wirken entschlossen ist, welche eine Erneuerung der friedensstörenden Krisen auf derselben für lange Zeit erschweren. Um dies zu erzielen, müsse dasjenige, was heute vom türkischen Staatswesen auf der Balkan-Halbinsel noch übrig ist, mit solchen Garantien der Konsolidierung ausgestattet werden, daß es als ein lebens- und widerstandsfähiges Staatsgebilde fortzueistiren vermag. Ausgeschlossen bleibe dagegen jeder Gedanke an etwaige Wiederbelebung desjenigen, was sich am türkischen Reiche als morsch erwiesen, sich von demselben de facto losgelöst hat oder sich als innerlich unhaltbar loszulösen droht. Alle zur Lösung durch den Kongreß bestimmten Fragen werden von Oesterreich-Ungarn, welches sich hierin in überwiegender Uebereinstimmung mit der Kongreßpolitik Englands befindet, aus diesem Gesichtspunkte aufgefaßt und behandelt werden.

Die Wahlbewegung ist bereits in vollem Fluß, und fürwahr können wir nicht früh genug auf der Hut sein und uns rüsten, um der Umsturzpartei, welche natürlich alle Hebel für ihre Kandidaten in Bewegung setzt, diesmal und hoffentlich für immer den Eintritt in den Reichstag unmöglich zu machen. Wir können dies, wenn auch wir von der „Centralisation“ unserer reichsfeindlichen Gegner den vollsten Gebrauch machen und uns nicht durch niedriges Parteigezänk verleiten lassen, das eigentliche Ziel jedes Reichsbürgers, die Wohlfahrt des gesammten Vaterlandes aus den Augen zu verlieren.

In Berlin tagen die Central-Comitees der nationalliberalen und freiconservativen Partei, der Fortschrittsleute und der Sozialdemokraten, um sich über ihr Verhalten und namentlich auch über ihre Programme zu verständigen. Jede wird mit ihrem Programm vor die Urwähler treten. Mit großer Spannung erwartet man das Programm der Nationalliberalen.

Der Geschichtschreiber und Reichstagsabgeordnete von Treitschke will aus der nationalliberalen Partei ausscheiden. In einem Aufsatz in den „Preuß. Jahrbüchern“ springt er mit beiden Beinen in die Wahlagitator. „Die heutigen Gesetze, schreibt er, reichen nicht mehr aus, um den Bestand der Gesellschaft und der Cultur gegen die große Verschwörung der Sozialdemokratie zu sichern.“ — „Diese Menschen trotzen auf die Gewalt der Fäuste und verstehen nur die Sprache der Gewalt.“ — Er verlangt eine Aenderung des Wahlgesetzes. „Die Selbstüberhebung und Verwilderung der Massen muß überhand nehmen, wenn alle 3 Jahre eine zügellose Agitation wiederkehrt.“ — „Der Staat darf keine Rücksicht üben gegen einen fanatischen Feind, der schon nahe daran ist, die ganze Jugend an sich zu reißen.“ — Den liberalen Parteien ruft er zu: „Eine Partei, die sich über Lebensfragen nicht zu einigen versteht, ist keine Partei mehr; die conservative Strömung ist heute eine Nothwendigkeit geworden; wichtiger als der Bestand irgend einer Fraktion ist uns der Bestand der bürgerlichen Gesellschaft.“ So Treitschke.

In Magdeburg ist ein als Reservist zu 12tägigen Uebungen eingezogener Unteroffizier wegen Majestätsbeleidigung zu 10 Jahren Zuchthaus, ein Gymnasiast in Frankfurt, Secundaner, zu 2 Monaten Festung verurtheilt worden.

Die deutschen Altkatholiken haben den entscheidenden Schritt gethan, die ihren Bruch mit Rom zu einem vollständigen und unwiderruflichen macht: sie haben das Eölibat (Ehelosigkeit der Priester) aufgehoben. Die in Bonn tagende altkatholische Synode hat mit 75 gegen 22 Stimmen beschlossen, daß das der Eingehung einer Ehe durch einen Geistlichen vom Subdiakon aufwärts entgegenstehende Verbot des kanonischen Rechts in der altkatholischen Gemeinschaft weder ein Hinderniß für die Ehe von Seiten der Geistlichen, noch auch ein Hinderniß für die Seelenpflege durch einen verheiratheten Geistlichen bilde.

St. Petersburg, 16. Juni. Die gestern hier stattgehabte allgemeine Versammlung hiesiger deutschen Reichsangehörigen hat beschlossen, einen Aufruf an die deutschen Kolonien in allen Erdtheilen zu erlassen, um als Beweis der Liebe für Se. Majestät den Kaiser Wilhelm einen großen Fond zu sammeln behufs Ersetzung des durch den Untergang des „Großen Kurfürst“ herbeigeführten Verlustes oder zu einem ähnlichen durch Se. Majestät zu bestimmenden Zweck.

Deutliches und Sächsisches.

Wilsdruff. Der Jubeltag unseres hohen Königshauses ist auch bei uns nicht ohne äußere Zeichen der Theilnahme daran vorübergegangen; vom frühen Morgen an waren die öffentlichen und viele Privatgebäude schön mit Flaggen geschmückt, Vormittags fand Schulaactus statt, bei welchem die Hauptfeste in fesselnder Weise der Herr Lehrer Knof hielt, während von den Kindern passende Gesänge und Declamationen vorgetragen wurden, sowie der ganze feierliche Act durch Gebet eingeleitet und geschlossen wurde; Abends waren das Rathhaus und der Gasthof zum goldenen Löwen prächtig illuminiert; im Rathskeller hatte sich eine große Zahl Bürger versammelt und hier nahm der Herr Kaufmann Engelmann Gelegenheit, in feurigen Worten ein Hoch auf unser geliebtes Königspaar auszubringen, in welches alle Anwesenden begeistert einstimmten, während der Verein Sängerkranz bei Fackel- und zum Theil bengalischer Beleuchtung auf dem Marktplatz patriotische Gesänge vortrug. Auch im Löwen wurde auf das Silberjubiläum getoastet, die Sachsenhymne und andere passende Lieder gesungen.

— Wir verfehlen nicht, die hiesigen Geschäftsleute darauf auf-

merksam zu machen, daß in nächster Zeit Seiten der städtischen Polizeibehörde eine Gewichts- und Maas-Revision vorgenommen werden wird.

— Nächsten Montag werden die drei Candidaten für hiesiges Cantorat in Schule und Kirche proben, auch dürfte möglicher Weise an demselben Tage noch die Cantorwahl stattfinden.

Dresden, 17. Juni. Nach dem „Dr. Journ.“ hat Se. Majestät der König den Staats- und Kriegsminister, General der Kavallerie von Fabrice, à la suite allerhöchsthres Garderegiments gestellt, den Staatsminister Dr. von Gerber anstatt des bisherigen persönlichen den erblichen Adel verliehen, dem Staatsminister Abeken den erblichen Adel verliehen, den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, auch Bevollmächtigten zum Bundesrathe in Berlin, Oswald von Nostitz-Wallwitz, zum wirklichen Geheimen Rathe ernannt, dem Legationsrathe Domherrn Dr. Adolf Keil auf Weistroppe, den Charakter als Geheimer Legationsrath ertheilt und dem Geheimen Oberrechnungsrathe von Schönberg das Ritterkreuz I. Klasse vom Verdienstorden verliehen.

Dresden. Von glaubwürdiger Seite wird dem „Dr. Journ.“ mitgetheilt: Die nationalliberale und die fortschrittliche Landtagsfraktion haben durch ihre Delegirten einstimmig in dem Wunsche sich geeinigt, daß für die bevorstehende Reichstagswahl in Altstadt-Dresden dem Sozialdemokraten Vebel gegenüber Justizrath Dr. Schaffrath als gemeinschaftlicher Kandidat der Ordnungsparteien von den drei hier bestehenden politischen Vereinen aufgestellt werden möge, diese selbst oder deren Vorstände haben über diese Angelegenheit noch nicht berathen; dies soll erst auf Einladung des Reichsverein im Laufe dieser Woche geschehen.

Leipzig. Das Schöffengericht verurtheilte am 17. Juni, wie die „L. Ztg.“ meldet, den 41jährigen Kellner Gottlieb August Schuchardt aus Großneuhäusen, weil er in der Nacht vom 3. bis 4. d. M. in einem Café auf der hiesigen Burgstraße aus Anlaß des jüngsten Attentates auf Se. Maj. den Kaiser Wilhelm in verletzender Weise sich ausgesprochen hatte, wegen Majestätsbeleidigung zu Gefängnißstrafe in der Dauer eines Jahres und hinterher den 44jährigen Brauer Heinrich Heiter aus Schweidnitz, welcher am 13. v. M. in einer Restauration zu Gohlis gelegentlich eines Gesprächs über Militärangelegenheiten über Se. Maj. den König Albert von Sachsen gleichfalls in beleidigender Weise sich geäußert hatte, nach derselben Strafbestimmung zu neunmonatiger Gefängnißstrafe.

Herr Most beabsichtigt, nach Ablauf der 6 Wochen, welche er jetzt im Gefängniß zu Chemnitz verbüßt, sofort eine weitere Strafe von 3 Monaten anzutreten, welche er sich als Redacteur der „V. fr. Pr.“ verdient hat. — Da gegen Most noch ein weiterer Proceß im Gange ist, in welchem in erster Instanz bereits 2 Monate erkannt sind, und welcher wahrscheinlich bis zur Beendigung der ersten 3 Monate ebenfalls alle Instanzen durchlaufen haben wird, so dürfte Most für das laufende Jahr bewahrt und aufgehoben sein.

Bermischtes.

Berugungsfreisende, welche Berlin zum Ziel ihrer Wanderschaft erhehen haben, machen wir darauf aufmerksam, daß Fremde sich auf den Berliner Bahnhöfen legitimiren müssen, solche, die nicht von Bekannten abgeholt werden, müssen mit Paßkarten oder sonstigen Legitimationspapieren versehen sein.

In einer kürzlich stattgehabten Sitzung des Vereins Altenburger Gastwirthe wurde der einmüthige Beschluß gefaßt, daß sozialdemokratische Blätter seitens der Vereinsmitglieder nicht mehr gehalten und das öffentliche Auslegen solcher Schriften in den Lokalen der Mitglieder zu unterbleiben hat.

Als neulich ein Majestätsbeleidiger in Berlin zu 5 Jahren Gefängniß verurtheilt und in seine Zelle abgeführt wurde, brummte er in den Bart: Davor hätte ich ooch zweemal ordentlich inbrechen können!

Vorige Woche war's, da kommt in das Wirthshaus in Oberkessheim (Franken) ein Weggerburische, schwadronirt über das Attentat und schimpft auf den Kaiser, daß dem gut deutsch gesimten Wirth, der keine Schlafmühe trägt, das Blut in den Kopf steigt. Still! ruft er, und als der Kerl fortlärm, verabreicht er ihm eine mächtige Ohrfeige mit den Worten: „im Namen des Kaisers“, läßt auch sogleich die zweite folgen „im Namen des Königs von Bayern“ und wirft ihn dann mit Hilfe von ein paar Bürgern zum Haus hinaus „im Namen des deutschen Volkes“. „Zur deutschen Dreieinigkeit“ heißt seitdem das Wirthshaus.

Auch in königlichen Werkstätten, ganz besonders bei Eisenbahnen, sollen, wie verlautet, den Arbeitern Warnungen zu theil werden, sich nicht an sozialdemokratischen Vereinigungen zu betheiligen. Grund hierzu sollen die in den Händen der Behörden befindlichen Beweise liefern, daß ein großer Theil von Eisenbahnarbeitern der sozialdemokratischen Richtung huldigt.

Die Papierindustrie in Deutschland gehört zu den Zweigen, welche den großartigsten Aufschwung genommen haben. Bis 1848 wurde mehr Weispapier ein- als ausgeführt, heute überträgt die Ausfuhr bei weitem die Einfuhr. Die erste Papiermaschine errichtete 1819 die preussische Sechhandlung in Berlin; jetzt sind deren gegen 350 im Gange und liefern durchschnittlich jede 10,000 Ctr. Papier, welche bei einem Durchschnittswerte von 42 M. für den Centner, 150 Mill. Mark darstellen und bei deren Erzeugung gegen 35,000 Arbeiter beschäftigt werden. Dieser Umfang der Produktion ist jedoch nur dadurch möglich, daß man das Papier nicht bloß aus Hadern (Lumpen) gewinnt — deren man 7 Mill. Centner gebrauchen würde, während Deutschland (auf jeden Kopf jährlich 5 Pfund gerechnet) nur 2 Mill. erzeugt — sondern dafür Erzeugnisse gefunden hat, worunter Holz und Stroh die hauptsächlichsten sind.

Die Baukosten der Pariser Ausstellung werden auf etwa 55,000,000 Franks angeschlagen. Dagegen glaubt man nach den bisherigen Erfahrungen auf folgende Einnahmen zählen zu dürfen: Eintrittsgeld 14 Mill. Franks, Verkauf des Materials des Marsfeld-Palastes 7, Subvention der Stadt Paris 6, Rückkauf des Troadero-Palastes durch die Stadt Paris 3, Abgabe der Kaffees und Restaurants des Parks 3 1/2, Erlös der Troadero-Concerte 1 Million, zusammen 34 1/2 Millionen. Rechnet man ferner das durch die Weltausstellung herbeigeführte Mehrerträgniß der indirekten Steuern auf 10 Mill., was eine sehr bescheidene Annahme ist, so würde die französische Regierung bei dem ganzen Unternehmen nicht mehr als 10 bis 12 Mill. zugefekt haben.